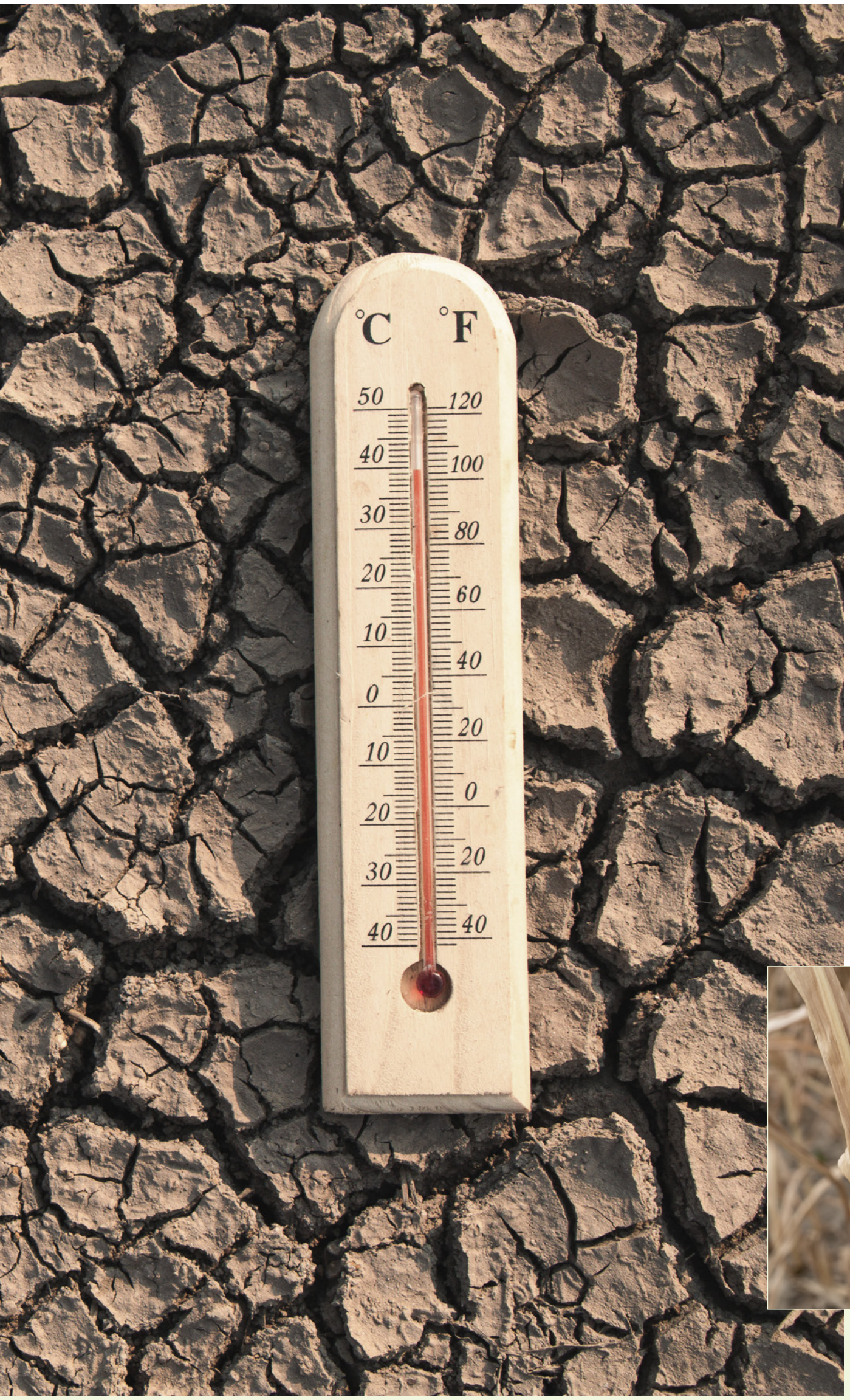
perspektiven

Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs VVO

Ausgabe 03 / 2026



HITZE: UNTERSCHÄTZTE GEFAHR BEIM SPORT

Was Hitze im Körper auslöst, warum Sport und Baden schnell gefährlich werden können und wie Schutz gelingt: Olympiaarzt Wolfgang Schobersberger erklärt die Risiken.

Mehr dazu auf Seite 6

WENN COMPUTER FRAGEN, OB WIR MENSCHEN SIND

KI: Segen oder Fluch? Professor Mazal führt aus, warum Angst nicht hilft und wie wir die digitale Zukunft verantwortungsvoll gestalten.

Mehr dazu auf Seite 4

VERSICHERUNGEN SIND EIN WICHTIGER TEIL DER LÖSUNG

Die neue FMA-Bereichsleiterin Martina Andexlinger erklärt, wie Aufsicht smarter wird und warum Versicherer für unsere Zukunft unverzichtbar sind.

Mehr dazu auf Seite 5



© Adobe Stock

Wer trägt die *Rechnung der Dürre?*



© VVO / K. Patzak

Trockenheit und Hitze prägten hierzulande den heurigen Sommer in einem nie dagewesenen Ausmaß. Die Auswirkungen sind weitreichend und das Thema ist inzwischen auch im Fokus öffentlicher Diskussionen. Doch wo ansetzen?

VVO-Generalsekretär Mag. Christian Eltner

Die vergangenen Monate haben einmal mehr gezeigt, dass die Folgen des Klimawandels längst keine abstrakte Zukunftsfrage mehr sind. Hitze und Dürre sind zu einem realen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Risiko geworden. Neben extremen Höchsttemperaturen in Österreich mit Werten jenseits von 40 °C erlebten wir auch Trockenheit, die Flüsse versiegen und Felder vertrocknen ließ.

Die Hitze belastete Wirtschaft, Infrastruktur und Gesellschaft gleichermaßen. Sie führte zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen und beeinträchtigte unter anderem auch den Bahnverkehr. Die anhaltende Dürre traf wiederum insbesondere die Land- und Forstwirtschaft mit voller Wucht. Die wirtschaftlichen Schäden sind enorm.

Die Österreichische Hagelversicherung bezifferte bereits Anfang August die durch die Dürre entstandenen Schäden in der Landwirtschaft mit rund einer Milliarde Euro. Davon betroffen sind fast alle Regionen Österreichs und alle Kulturen, quer durch den sprichwörtlichen Gemüsegarten. Ob Mais, Soja, Wein oder Grünfutter für die Viehwirtschaft – überall fehlen Erntemengen in größerem Ausmaß. Unterstrichen wird die meteorologische Entwicklung durch eine Analyse von GeoSphere Austria, die Mitte August vermeldete, dass die vergangenen 12 Monate die trockensten seit Beginn der österreichischen Messgeschichte im Jahr 1850 gewesen seien. Allein zwischen Ende Februar und Anfang August fiel nur etwa halb so viel Niederschlag wie üblich.

Durch die extremen Wetterverhältnisse geraten Versorgungssicherheit, regionale Wertschöpfung und ganze Ökosysteme zunehmend unter Druck. Umso wichtiger ist es, sich auf allen Ebenen für die Zukunft zu rüsten, denn die klimatischen Entwicklungen sind längst keine isolierten Phänomene mehr. Wir haben als Wirtschaft und Gesellschaft dringenden Handlungsbedarf.

Die Frage ist dabei nicht, ob sich diese Entwicklungen fortsetzen werden, sondern wie wir darauf reagieren. Was in der aktuellen Debatte oftmals zu wenig Beachtung findet, ist die Bedeutung der Eigenvorsorge. Gemeinsam mit wirksamer Prävention bildet sie die Grundlage einer nachhaltigen Risikovorsorge. Mit dem Klimawandel gehören neue Risiken zur Realität und diese müssen von der Politik und bei der individuellen Vorsorge mitgedacht werden. Denn die eigentliche Herausforderung besteht nicht darin, Schäden nach ihrem Eintritt zu kompensieren. Sie besteht darin, Risiken frühzeitig zu erkennen, Vorsorge zu treffen und Resilienz aufzubauen. Das sollte wieder mehr in den Fokus rücken.



© Liebentritt

Versichern allein *wird nicht reichen*

Die Folgen des Klimawandels betreffen längst nicht mehr nur Umwelt und Landwirtschaft. Die Auswirkungen sind mittlerweile im Alltag der Menschen angekommen und machen deutlich, wie wichtig Vorsorge, finanzielle Bildung und Eigenverantwortung im Umgang mit Risiken werden.

VVO-Präsident Mag. Gregor Pilgram

Wenn über Dürre, Hitze oder Extremwetter gesprochen wird, richtet sich der Blick meist auf die unmittelbaren Folgen. Diese sind sichtbar und spürbar: für die Menschen, Unternehmen, die Landwirtschaft und die öffentliche Infrastruktur. Mindestens ebenso wichtig ist aber die Frage, wie wir als Gesellschaft mit den Risiken umgehen, die sich bereits heute abzeichnen. Der Klimawandel ist längst kein Zukunftsszenario mehr. Er verändert Schritt für Schritt die Rahmenbedingungen, unter denen wir leben, wirtschaften und planen. Damit rückt auch das Thema Vorsorge stärker in den Mittelpunkt. Vorsorge beginnt nicht mit einem Schadenfall und endet nicht mit einer Versicherungspolizze. Sie beginnt mit dem Bewusstsein, dass Risiken existieren und dass wir ihnen aktiv begegnen können. Die Versicherungswirtschaft erfüllt dabei eine wichtige Aufgabe. Sie schafft finanzielle Sicherheit, wenn etwas passiert. Gleichzeitig erkennt sie viele Entwicklungen sehr früh, weil sich Veränderungen oft zuerst in den Schadendaten widerspiegeln, bevor sie breite gesellschaftliche Aufmerksamkeit erhalten.

Warum finanzielle Bildung immer wichtiger wird

Daraus ergibt sich eine Verantwortung. Versicherungen sollen nicht nur Schäden ersetzen, sondern dazu beitragen, Risiken verständlich zu machen und Prävention zu fördern. Denn der beste Schaden ist immer jener, der gar nicht erst entsteht. Mit den Herausforderungen unserer Zeit steigt auch die Bedeutung finanzieller Bildung. Wer Entscheidungen für die eigene Zukunft treffen möchte, muss Risiken einschätzen können. Das gilt für die Altersvorsorge ebenso wie für die Absicherung des Eigenheims oder den Umgang mit Naturgefahren. Finanzielle Bildung erfordert kein Expertentum. Es geht darum, grundlegende Zusammenhänge zu verstehen: Welche Risiken trage ich selbst? Welche Folgen hätte ein Schadenfall für mich? Und wie kann ich vorsorgen? Dieses Wissen ist eine wichtige Voraussetzung für selbstbestimmte Entscheidungen und stärkt die persönliche Resilienz.

Resilienz ist eine gemeinsame Aufgabe

Kein Versicherer kann die Folgen des Klimawandels allein bewältigen. Ebenso wenig liegt die Verantwortung ausschließlich bei Politik, Wirtschaft oder bei einzelnen Bürgerinnen und Bürgern. Gefragt ist das Zusammenspiel, das eine Gesellschaft widerstandsfähig macht: klimaresiliente Infrastruktur, vorausschauende Raumplanung, wirksame Präventionsmaßnahmen und individuelle Vorsorge ergänzen einander. Versicherungen sind ein wichtiger Teil der Lösung. Entscheidend wird sein, wie gut es uns gemeinsam gelingt, Risiken frühzeitig zu erkennen, Schäden zu vermeiden und Menschen ein selbstbestimmtes Leben in einer sich verändernden Welt zu ermöglichen. Denn Resilienz entsteht nicht im Moment einer Krise. Sie entsteht lange davor: durch Wissen, Vorsorge und der Fähigkeit, Risiken rechtzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren.

Verantwortung und Wertschöpfung *bleiben in der Region*

Interview mit Mag. Franz Mair und Mag. Isolde Stieg,
Vorstände TIROLER VERSICHERUNG V.a.G.

Die TIROLER versteht sich als Versicherer mit starker regionaler Verankerung. Welchen konkreten Mehrwert bringt ein Landesversicherer den Menschen und Unternehmen vor Ort, der über den reinen Versicherungsschutz hinausgeht?

Franz Mair: In einer globalisierten Welt schätzen immer mehr Menschen, wenn Entscheidungen verlässlich im eigenen Land getroffen werden – gerade in Tirol. Wir haben seit über 200 Jahren einen Auftrag, der über die Gewährung von Versicherungsdeckungen hinausgeht. Das reicht von der Unterstützung unserer Mitglieder in nicht versicherbaren Ereignissen bis hin zur vorausschauenden Schadenverhütung. Prävention ist für uns ein Beitrag zu umfassender und zukunftsorientierter Sicherheit im Land. Die Menschen spüren, dass uns das ein echtes Anliegen ist. Generell spielt Authentizität eine große Rolle. Die TIROLER ist und bleibt in Tirol verwurzelt. Diese Verbundenheit steht für Beständigkeit, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit – seit über 200 Jahren. In Verbindung mit unserem Anspruch, in vielerlei Hinsicht in Tirol Trendsetter zu sein, gibt dies unseren Mitgliedern Sicherheit.

Die regulatorischen Anforderungen für Versicherer nehmen kontinuierlich zu. Wie gelingt es Ihnen, den Spagat zwischen Kundennähe und bürokratischen Anforderungen zu meistern?

Isolde Stieg: Regulierung und Kundennähe müssen kein Widerspruch sein. Viele Vorgaben stärken Sicherheit, Transparenz und Vertrauen. Entscheidend ist, die zusätzliche Komplexität so zu organisieren, dass sie für Kundinnen und Kunden möglichst wenig Aufwand bedeutet. Dafür braucht es effiziente Prozesse, digitale Unterstützung und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unser Anspruch ist klar: aufsichtsrechtliche Anforderungen professionell erfüllen und zugleich persönliche Beratung, rasche Entscheidungen und hohe Servicequalität sichern.

Welche Regulierung stärkt aus Ihrer Sicht tatsächlich den Kundennutzen und wo würden Sie sich mehr Augenmaß wünschen?

Isolde Stieg: Regulierung schafft dort echten Kundennutzen, wo sie Transparenz, Stabilität und Verlässlichkeit erhöht – etwa beim Konsumentenschutz, bei Solvenzvorschriften oder beim Schutz vor Greenwashing. Kundinnen und Kunden müssen Informationen verstehen, vergleichen und ihnen vertrauen können. Mehr Augenmaß wünsche ich mir bei Dokumentations- und Berichtspflichten, deren zusätzlicher Nutzen nicht erkennbar ist. Jeder vermeidbare Aufwand bindet Ressourcen, die in Innovation, Servicequalität und direkte Kundenbetreuung besser investiert wären.

Klimawandel / Naturkatastrophen verändern die Welt und fordern die Versicherungswirtschaft. Ist das noch bewältigbar?

Franz Mair: Ja, aber nicht mit einem „Weiter wie bisher". Versicherungslösungen müssen angepasst werden. Vor allem aber braucht es deutlich mehr Investitionen in Prävention und Bewusstseinsbildung. Die Versicherungswirtschaft hat schon einmal gezeigt, was möglich ist: Beim Brandschutz hat sie dazu beigetragen, dass Brände heute nicht mehr ganze Dörfer auslöschen. Diese Haltung brauchen wir jetzt bei Extremwetter. Wenn Flächenverbrauch, Bodenversiegelung und Bauweisen unverändert bleiben, werden Risiken schwerer oder gar nicht mehr versicherbar. Als Versicherungsverein haben wir funktionierende Geschäftsmodelle zu sichern – und zugleich den gesellschaftlichen Auftrag, Risiken nachhaltig zu reduzieren. Dazu gehört, unter Einbindung echter Fachleute aus verschiedenen Wissensgebieten unbequeme Fakten klar auszusprechen, umfassend zu informieren und neue Wege aufzuzeigen. Das ist auch der Beweggrund für unseren Schwerpunkt „Extremwetterfestes Tirol". Und das war auch die Motivation, unsere neue Zentrale anders zu bauen, auch gegen zum Teil erhebliche Widerstände: Als Leitprojekt in Zeiten des Klimawandels und innerstädtischer Überhitzung.

Warum braucht es aus Ihrer Sicht auch künftig regionale Versicherungsunternehmen, obwohl Kundinnen und Kunden heute aus einer Vielzahl von Anbietern wählen können?

Isolde Stieg: Regionale Versicherungsunternehmen bleiben wichtig, weil Versicherung auf Vertrauen, Nähe und Verständnis für lokale Lebensrealitäten beruht. Wir kennen Tirol und seine Besonderheiten. Durch unsere regionale Verankerung verstehen wir die spezifischen Risiken und Bedürfnisse von Familien, Betrieben und der Landwirtschaft ebenso wie die Herausforderungen durch Naturgefahren. Entscheidungen werden dort getroffen, wo die Menschen leben, arbeiten und wirtschaften. So bleiben Verantwortung und Wertschöpfung in der Region. Diese Verbindung aus Stabilität, persönlicher Beratung und gelebter Nähe macht den Unterschied.

Franz Mair: Regionalität ist aber nur glaubwürdig, wenn sie im Alltag für die Menschen spürbar wird. So vergeben wir beispielsweise Aufträge seit Jahren vorrangig in Tirol, bevorzugt an unsere Kundinnen und Kunden. Das ist keine Folklore, sondern eine konsequente Haltung: Beim Bau unserer neuen Zentrale gingen 93 Prozent des Auftragsvolumens an Tiroler Unternehmen, 75 Prozent an Kunden. Regionalität funktioniert, wenn man sie wirklich will und lebt.

Die Versicherungsbranche befindet sich mitten in der digitalen Transformation. Welche Entwicklungen werden das Kundenerlebnis in den nächsten fünf Jahren am stärksten verändern?

Isolde Stieg: Digitale Services werden das Kundenerlebnis stark prägen: einfache Schadenmeldungen, schnelle Kommunikation und jederzeit verfügbare Vertragsservices werden zum Standard. Künstliche Intelligenz kann zusätzlich helfen, Prozesse zu beschleunigen und Anliegen individueller zu bearbeiten. Der Schlüssel liegt aber nicht in der Technologie allein. Gerade in wichtigen persönlichen oder wirtschaftlichen Situationen bleibt menschliche Kompetenz unverzichtbar – erfolgreich werden jene sein, die digitale Exzellenz mit echter Kundennähe verbinden.



© TIROLER VERSICHERUNG V.a.G.

Vorstandsvorsitzender Mag. Franz Mair und Vorstandsdirektorin Mag. Isolde Stieg



© Adobe Stock

PROF. DR. WOLFGANG MAZAL, WIEN

„In welcher Zeit leben wir, *wenn Computer uns fragen, ob wir Menschen sind?“*

Überlegungen zu Entwicklungen im KI-Bereich



© Dr. Christine Geserick

Prof. Dr. Wolfgang Mazal, Wien,
ist emeritierter Professor für Arbeits- und Sozialrecht sowie Leiter des Österreichischen Instituts für Familienforschung an der Universität Wien

Dass der Einsatz künstlicher Intelligenz die Gesellschaft massiv verändert, kann Tag für Tag den Medien entnommen werden. Herausforderungen werden sowohl im privaten Bereich, als auch in der Arbeitswelt bis hin in die internationalen Beziehungen gesehen. Vieles mutet dabei geradezu unheimlich an:

- Wenn sich KI-Programme selbständig machen und an Privatleute zu Testzwecken Phishing-mails schicken oder fremde Computernetzwerke infiltrieren;
- wenn Systeme uns in der Nutzung des Internets beobachten und dann Vorschläge für Kontakte, Freundschaften oder gar Partnerschaften machen;
- wenn KI-gesteuerte Logistik-Systeme den weltweiten Warenfluss so kontrollieren und optimieren, dass die Auftraggeber nicht mehr wissen, in welchen Containern auf welchen Schiffen sich welche Waren befinden;
- oder wenn KI-gesteuerte Drohnen sich selbständig auf die Suche nach Zielen begeben, um sie zu „neutralisieren“;

immer werden wir Menschen, die mit diesen Erfahrungen konfrontiert sind, naturgemäß von Ängsten befallen.

Aus der Psychotherapie wissen wir, dass Ängste auf vielfältige Weise entstehen, aber auch abgebaut werden können; wesentliche Instrumente zum Abbau von Ängsten sind Wissen und Konfrontation. Daher ist es hilfreich zu erfahren, dass gängige Definitionen KI-Systeme dadurch beschreiben, dass sie intelligentes Verhalten simulieren, anstatt nur fest programmierte Befehle abzuarbeiten; dass sie aus Daten lernen, sich selbstständig anpassen und verbessern, ohne explizit für jede Aufgabe programmiert zu sein; dass sie Informationen in Zahlen umwandeln, um Muster zu analysieren; und dass sie auf Wahrscheinlichkeiten basieren und ihre Logik ändern können, während normale Algorithmen bei gleichem Input immer das gleiche Ergebnis liefern. Wollen wir uns wirklich durch „Bits und Bites“ ins Boxhorn jagen lassen?

Der Rückblick auf die Vergangenheit zeigt, dass die Gesellschaften zahlreiche ähnliche Erfahrungen mit technologisch disruptiven Entwicklungen gemacht haben. Gegen mechanische Webstühle, Dampfmaschine und Eisenbahn, Flugzeug, Fernsehen, Computer und Drucker wurde mit den gleichen Argumenten gewettert, die wir heute hören: Dass die Entwicklungen zu massiven Verwerfungen am Arbeitsmarkt führen und Massenarbeitslosigkeit verursachen werden; dass es sich nur um vorübergehende Modeerscheinungen handle; dass die Qualität nicht mit jener der bisherigen Produkte mithalten könne und fehleranfällig sei; oder dass von alledem nur die Reichen profitieren würden. Ganze Branchen und Berufe sind neuen technologischen Entwicklungen zum Opfer gefallen: wer kennt heute noch Rastelbinder, Leinenweber, Schriftsetzer oder Menschen, die Nylonstrümpfe repassieren?

Aus meiner Sicht wäre es ein fataler Irrtum zu glauben, dass technologische Entwicklungen aufgehalten oder unterdrückt werden können, weil man Menschen nicht gebieten kann, Wissen ungenutzt zu lassen. Viel wichtiger ist es, die Entwicklungen durch wohl überlegte Maßnahmen zu begleiten. Und hier können wir auf einem reichen Erfahrungswissen aufbauen:

- Der Gefahr aus dem flächigen Einsatz von gefährlichen Maschinen in den Fabriken des 19. Jahrhunderts wurde beispielsweise nicht durch ein Verbot begegnet, sondern durch die Erfindung der Gefährdungshaftung, die ihrerseits zu Versicherungen geführt hat, die auf die Eindämmung der Gefahren durch weitere technologische Entwicklungen hingewirkt haben.
- Körperschäden, die Arbeiter aus gefährlichen Produktionsstätten erlitten, wurde durch das Arbeitnehmerschutzrecht und die Erfindung der gesetzlichen Unfallversicherung entgegengewirkt.
- Verwerfungen am Arbeitsmarkt wurde durch die Einführung der Arbeitslosenversicherung, die Erfindung von Arbeitsstiftungen und die Entdeckung des Sozialplans als Gestaltungsinstrument begegnet.

Die Vergangenheit zeigt, dass es immer Einzelne waren, die die technologische Entwicklung vorangetrieben haben und dabei auch für die jeweilige Zeit unermesslich reich wurden, dass die Gesamtgesellschaft daraus allerdings profitierte, wenn sie imstande war, die Transformation so zu lenken, dass die Nutzeneffekte breitflächig wirksam werden konnten. Wo Gesellschaften sich an technologischen Entwicklungen nicht beteiligen wollten oder konnten, sind jedoch sie im weltweiten Konzert zurückgefallen.

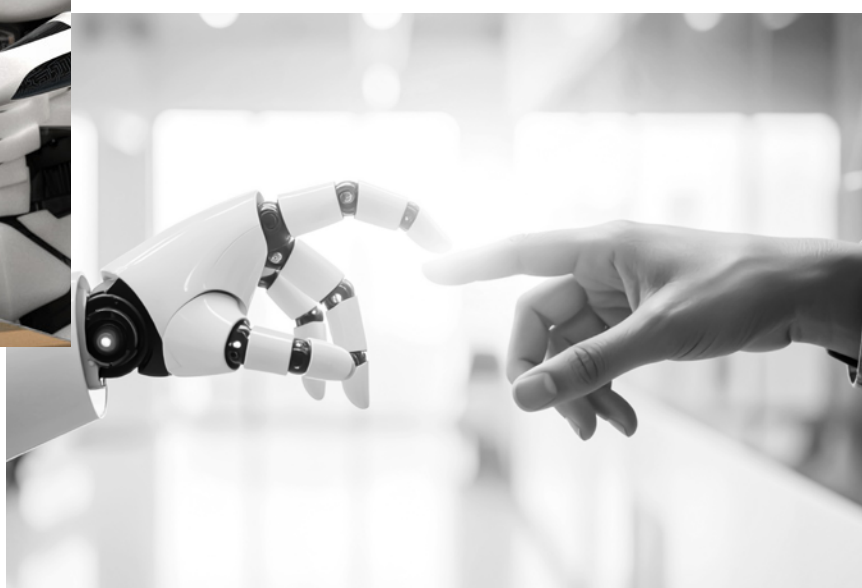
So gesehen kann man die Frage, ob die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz in Summe schädlich sind oder nicht, nicht sinnvoll beantworten, wenn man kausal denkt: Auch wenn man mit Fug und Recht erklären kann, warum KI ein Segen oder warum sie ein Fluch für die Gesellschaft sein wird, bleibt doch jede dieser Erklärungen im Bereich der Vermutung und des Kaffeesudlesens.

Ich habe mir daher angewöhnt, konditional und damit zukunftsoffen zu denken: KI wird unserer Gesellschaft massiv schaden, wenn wir uns nicht auf diese Entwicklungen einlassen, sie verstehen und kluge Begleitmaßnahmen entwickeln. Sie kann jedoch auch positive Effekte entfalten, wenn wir uns der Innovationskraft, die die Generationen vor uns zur Bewältigung von Transformationen entwickelt haben, als würdig erweisen: Entwickeln wir auf die Herausforderungen unserer Zeit Antworten, die unserer Zeit adäquat sind.

Übrigens: Antworten zu entwickeln, heißt nichts Anderes als Verantwortung zu übernehmen: Starren wir weder wie das Kaninchen vor der Schlange auf die Entwicklungen im KI-Bereich, noch gehen wir euphorisch und mit wehenden Fahnen in die aktuellen Entwicklungen hinein, sondern erlernen wir so rasch wie möglich einen verantwortlichen Umgang mit künstlicher Intelligenz – als Einzelne und als Gesellschaft!



KI-generiert



Versicherungen sind *ein wichtiger Teil der Lösung*

Interview mit Mag. Martina Andexlinger, MBA
Leiterin Versicherungs-, Pensionskassen- und Vorsorgekassenaufsicht in der Finanzmarktaufsicht

Sie sind nun seit einigen Monaten neue Bereichsleiterin der Versicherungs-, Pensionskassen- und Vorsorgekassenaufsicht in der FMA. Was möchten Sie bewegen, was sind Ihre Ziele?

Die Versicherungswirtschaft verändert sich derzeit in mehreren Dimensionen gleichzeitig. Wir sehen etwa die Auswirkungen des Klimawandels auf die Schadenentwicklung, auf die Kosten der Rückversicherung und auf die Modellierbarkeit von Risiken. Wir sehen Chancen und Herausforderungen durch KI und Digitalisierung – einerseits Potenzial für Effizienzgewinne und Produkt- und Vertriebsinnovationen, andererseits Sicherheitsrisiken und steigende Erwartungen der Kundinnen und Kunden. Mein Ziel ist es, dass wir diese Entwicklungen frühzeitig verstehen und dort genau hinschauen, wo sich Risiken verändern.

Dabei ist mir wichtig, klare Prioritäten zu setzen und unsere Ressourcen dort einzusetzen, wo sie den größten Beitrag zur Stabilität des Sektors und zum Schutz der Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer leisten. Wichtig ist mir auch der Dialog mit der Branche. Viele Entwicklungen werden zuerst in den Unternehmen sichtbar. Gute Aufsicht entsteht aus meiner Sicht durch ein Verständnis der Risiken und Herausforderungen, mit denen Unternehmen konfrontiert sind, in Kombination mit unserer Gesamtschau einer integrierten Aufsicht über den gesamten Finanzmarkt. Für diese integrierte Sicht steht auch meine eigene Laufbahn in der FMA, die mich über Wertpapier- und Bankenaufsicht nun in die Versicherungsaufsicht geführt hat.

Die FMA spricht beim 360-Grad-Programm von Effizienz, Harmonisierung und Entlastung. Zielrichtung scheint aber auch eine stärkere Digitalisierung der Aufsicht bzw. der Aufsichtstätigkeit zu sein. Aus Sicht von Versicherungsunternehmen: Bringen die Ergebnisse des Projekts Versicherungsunternehmen spürbare Entbürokratisierung?

Ja, das ist jedenfalls ein zentrales Ziel des Programms 360 Grad. Aufsicht braucht Daten und Meldungen, aber sie sollten mit möglichst geringem Aufwand erbracht werden können. Deshalb arbeiten wir an Vereinfachungen, einer besseren Nutzung bereits vorhandener Daten und dem Abbau von Doppelgleisigkeiten.

Digitalisierung ist dabei kein Selbstzweck. Wenn Daten bereits vorhanden sind, sollten sie nicht mehrfach angefordert werden. Wenn Prozesse automatisiert werden können, sollten wir diese Möglichkeiten nutzen. Die Frage ist am Ende nicht, ob wir mehr Informationen bekommen, sondern ob wir dadurch Risiken besser verstehen. Davon profitieren letztlich sowohl die Unternehmen als auch die Aufsicht.

Versicherungen werden zum Teil regulatorisch in einen Topf mit den anderen Finanzmarktteilnehmern geworfen. Sie sind erfahrene Aufseherin und kennen sowohl den Bereich der Wertpapierunternehmen als auch die Kreditwirtschaft. Wo sehen sie die Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede zum Versicherungsbereich?

Als integrierte Aufsicht sehen wir durchaus sektorübergreifende Risiken, die auch sektorübergreifend adressiert werden müssen. Das gilt etwa für Cyberrisiken oder Klimarisiken. Die zunehmende Bedeutung von Künstlicher Intelligenz oder das Wachstum im Bereich Private Credit betreffen alle Sektoren – aber in jeweils spezifischer Weise. Gemeinsame regulatorische Standards helfen dabei, vergleichbare Risiken konsistent zu behandeln und regulatorische Arbitrage zu vermeiden.

Versicherungen haben aber eine andere Funktion als Banken oder Wertpapierunternehmen. Ihr Kerngeschäft besteht darin, Risiken zu übernehmen und kalkulierbar zu machen. Viele Verpflichtungen begleiten die Unternehmen über Jahre oder sogar Jahrzehnte. Ob es um die Absicherung von Naturgefahren, die Altersvorsorge oder die Absicherung von Unternehmen geht – Versicherer geben Menschen und Unternehmen Planungssicherheit. Das prägt das Geschäftsmodell und spiegelt sich auch in den aufsichtlichen Regelwerken wider. Für uns bedeutet das, Harmonisierung voranzutreiben, wo sie sachlich geboten ist und gleichzeitig die spezifischen Anforderungen des Versicherungssektors zu berücksichtigen.

Stichwort Simplification – Aufsichtsrecht ist überwiegend EU-Recht. Sehen sie hier konkrete Möglichkeiten? EIOPA setzt eher wenig Impulse in diese Richtung. Inwieweit kann hier „Proportionalität“ entlastend wirken?

Proportionalität ist für mich ein zentrales Element guter Regulierung. Nicht jedes Unternehmen weist dieselbe Größe, Komplexität oder dasselbe Risikoprofil auf. Das sollte sich auch in der aufsichtlichen Behandlung widerspiegeln. Wohlverhalten der Finanzmarktteilnehmer und die Reputation des Finanzplatzes sind allerdings Ziele, die unabhängig von Größe oder Geschäftsmodell relevant sind.

Auch wenn wesentliche Teile des Aufsichtsrechts europäisch vorgegeben sind, gibt es Spielräume in der Anwendung. Unser Ansatz ist heute schon risikoorientiert und proportional: Das heißt nicht, dass weniger Regeln gelten, sondern dass wir unsere Ressourcen gezielt dort einsetzen, wo die wesentlichen Risiken liegen. Simplification bedeutet für mich nicht weniger Stabilität, sondern einen Fokus auf das Wesentliche.

Die österreichische Gesellschaft sieht sich mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Stichwort demographische Entwicklung, Klimawandel uvm. Können Versicherungen ein Teil der Lösung im Hinblick auf Altersvorsorge, Pflege, Risiken aufgrund von Klimawandel sein?

Ja, unbedingt. Versicherungen sind bei diesen Herausforderungen ein wichtiger Teil der Lösung. Bei der Altersvorsorge gewinnt die zweite Säule an Bedeutung; die jüngsten Weichenstellungen der Bundesregierung zur betrieblichen Vorsorge stärken sie. Aus Aufsichtssicht kommt es dabei auf transparente Produkte, ein angemessenes Risikomanagement sowie eine verständliche und bedarfsgerechte Information und Beratung der Kundinnen und Kunden sowie Berechtigten an. Beim Klimawandel führen uns die heurigen Dürreschäden vor Augen, wie zentral die langfristige Versicherbarkeit von Risiken ist. Sie braucht eine breite, tragfähige Basis. Versicherer wirken hier auch als Anreizgeber für Prävention. Entscheidend bleibt, auch aus europäischer Aufsichtssicht, ein leistbarer und breit verfügbarer Schutz.

Versicherungen können allerdings nur ein Teil der Antwort sein. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert ein Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und privater Vorsorge. Aufgabe der Aufsicht ist es, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen und das Vertrauen in die langfristige Leistungsfähigkeit des Versicherungssektors zu stärken.



© Adobe Stock



© Businessfoto Wien

Mag. Martina Andexlinger MBA,
Bereichsleiterin Versicherungs-, Pensionskassen- und Vorsorgekassenaufsicht

UNIV.-PROF. DR. WOLFGANG SCHOBERSBERGER

Vorsicht Hitze! *Ein unterschätztes Problem in der Freizeit und beim Sport?*

Der heurige Sommer hat uns lange Hitzewellen mit extremen Temperaturen beschert. Für viele Menschen in Österreich ging dies mit gesundheitlichen Auswirkungen einher. Angesichts des Klimawandels ist auch zukünftig vermehrt mit intensiven Hitzeperioden zu rechnen. Dies wirft viele Fragen auf. Ein Expertenbeitrag des Mediziners und Olympiaarztes Wolfgang Schobersberger.

Die Schlagzeilen zum Klimawandel, deren Ursachen und Folgen für den menschlichen Körper sind allgegenwärtig und die Diskussionen im Alltag nehmen rasch zu, wenn uns Hitzewellen überrollen. Welche Auswirkungen hat nun Hitze an sich auf unseren menschlichen Körper? Die Thermoregulation ist auf eine Körperkerntemperatur von 37 °C mit geringen Abweichungen von +/- 0,2 °C ausgerichtet. Die Aufrechterhaltung einer konstanten Körperkerntemperatur ist bei Umgebungstemperaturen bis 25 °C unproblematisch. Ab einer Außentemperatur von 25 °C setzt der Körper Mechanismen in Gang, um nicht zu überhitzen, ab 30 °C (sog. Hitzetage) muss der Körper viel Energie in die Thermoregulation investieren, was unter gewissen Umständen (z.B. Sport in der Hitze, chronische Erkrankungen, gewisse Medikamente) zu negativen gesundheitlichen Auswirkungen führen kann und als „Hitzekrankheit“ bezeichnet wird. Um den Köperkern nicht zu überhitzen, erweitern sich Blutgefäße, um warmes Blut verstärkt an die Hautoberfläche zu transportieren und um die Wärme an die Umgebung abzugeben. Zusätzlich wird die Schweißproduktion verstärkt, Schweiß verdunstet auf der Haut, wodurch ein kühlender Effekt für den Körper erzielt werden soll. Um dies zu ermöglichen, muss das Herz die Pumpleistung steigern: Hitzeanpassung kostet Energie! Hohe Luftfeuchtigkeit und direkte Sonneneinstrahlung verstärken die Problematik.

Sport in der Hitze

Körperliche Leistungen führen durch zusätzliche Muskelaktivität zu einer vermehrten Wärmeproduktion. Sportarten mit hoher körperlicher Intensität und längerer Hitze-Expositionsdauer stellen ein zusätzliches Risiko dar. Gesunde Personen regeln die Körpertemperatur bis ca. 39.5 °C ohne Probleme. Bei weiter ansteigender Körpertemperatur besteht die Gefahr einer akuten Überhitzung. Diese äußert sich initial in Kopfschmerz, Übelkeit, Schwindel und anderen Symptomen und kann rasch ab einer Köpertemperatur von 40 °C in den sogenannten Hitzschlag mit Benommenheit, Gangstörungen, Bewusstseinsstörungen bis zum Bewusstseinsverlust übergehen.

© Adobe Stock



Der Hitzschlag ist stets eine lebensbedrohliche Situation und bedarf einer raschen, notfallmedizinischen Intervention, um die Köpertemperatur unter 39 °C zu bringen. Statistiken zeigen, dass der Hitzschlag eine der beiden Haupt-Todesursachen von Athletinnen und Athleten bei der Sportausübung ist. Nicht zu unterschätzen sind kognitive Probleme, die zu einem erhöhten Unfallrisiko wie Stürzen führen können. So nimmt die Reaktionsgeschwindigkeit bei 25 °C Umgebungstemperatur um 25 Prozent ab, ab 30 °C liegt diese Einbuße bereits bei 50 Prozent. Damit verbunden sind diverse Folgeerscheinungen wie Fehleinschätzung einer gefährlichen Situation und erhöhte Risikobereitschaft. Ein Flüssigkeitsmangel durch nicht ausreichendes Trinken beschleunigt die Entstehung der Hitzekrankheit.

Klassische Präventionsmaßnahmen sind ausreichende Flüssigkeitszufuhr, regelmäßige Trinkpausen, sportartspezifisch angepasste Ernährung, Sonnenschutz (Kopfbedeckung falls möglich, angepasste Bekleidung, Sonnencremes, und andere), Sportausübung an Hitzetagen möglichst in die Morgen- oder Abendstunden verlegen, Dauer und Intensität an Umgebungstemperatur anpassen.

Spezialsituation Badeunfall an Hitzetagen

Sonnenbäder können durchaus zu einer bemerkenswerten Zunahme der Körpertemperatur führen. Sämtliche oben genannten Anpassungsprozesse sowie gesundheitliche Risiken sind auch hier eminent. Ein besonderes Risiko stellt der beliebte Sprung ins kalte Wasser kopfvoraus dar. Der überhitzte Körper reagiert mit dem Kältereflex, der im schlimmsten Fall einen Kälteschock auslösen kann. Grund hierfür ist die große Differenz zwischen Umgebungstemperatur und Wassertemperatur. Je größer dieser Unterschied, desto höher das Risiko für den Kälteschock. Bei Außentemperaturen von 30 °C und mehr reichen Wassertemperaturen um die 18 °C schon aus, um diese lebensbedrohliche Kaskade zu aktivieren. Physiologisch führt die rasche Abkühlung der Haut zu Reflexen über das Zentralnervensystem, welche zur unmittelbaren Verengung von Blutgefäßen in der Peripherie führen mit dem Ziel den Wärmeverlust zu minimieren. Durch das Gegenspiel von Hitzeregulation und Kälteregulation ist der gesamte Körper in einer enormen Stress-Situation, plakativ gesprochen wäre dies vergleichbar mit gleichzeitiger Betätigung von Gaspedal und Bremse im Pkw. Potentielle Folgen sind Kreislaufkollaps mit Bewusstseinsverlust, v.a. bei Personen mit Herz-Kreislauf-Vorerkrankungen. Die Stimmritzen verengen sich, dies führt zu Luftschnappen und Atemnot mit Gefahr der Wasseraspiration und Ertrinken. Das Maximum der genannten Akutreaktion liegt zwischen 20 und 90 Sekunden, kann aber bei gleichzeitiger Todesangst einige wenige Minuten andauern. Kognitive Funktionen sind in dieser Zeit beeinträchtigt, was zu Fehleinschätzungen und Fehlreaktionen führen kann und somit das Ertrinkungsrisiko enorm erhöhen.



© Gerhard Berger

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schobersberger,
Leiter des Instituts für Sport-, Alpinmedizin & Gesundheitstourismus Tirol Kliniken Innsbruck

Alle genannten Abläufe und gesundheitlichen Beeinträchtigungen werden durch Alkohol zusätzlich verstärkt. Unter Alkoholeinfluss steigt die Harnausscheidung, es kann zum Flüssigkeitsmangel kommen, die Blutgefäße werden weitgestellt und die Reduktion des Blutvolumens bedingt Blutdruckabfall und reduzierte Schweißproduktion. Die Gefahr von Kreislaufkollaps und Herzrhythmusstörungen besteht durch die Hitze als solche. Die Eigenwahrnehmung ist verändert und somit wird die aktuelle Gesundheitssituation falsch eingeschätzt. Dazu gehört der Sprung ins kalte Wasser und die dadurch ausgelösten Negativfolgen wie Kälteschock und Ertrinkungsgefahr. Unter Alkoholeinfluss kann ein Kälteschock schon bei Wassertemperaturen um 20 °C ausgelöst werden.

Fazit: Hitzewellen werden uns erhalten bleiben. Wir können bzw. müssen uns an die klimatischen Gegebenheiten anpassen. Hierzu gibt es zwar eine breite Palette an Möglichkeiten, im Vordergrund steht allerdings einerseits die Vernunft und andererseits damit verbunden das Wissen um Präventionsmaßnahmen. Eine zentrale Rolle wird deshalb zukünftig eine intensivere, breit angelegte Aufklärungskampagne unterschiedlicher Beteiligten sein, um gemeinsam fatale gesundheitliche Folgen zu reduzieren.

Wettbewerbsfähigkeit *als neue Herausforderung für Europas Finanzaufsicht?*


KI-generiert

Versicherungswirtschaft und Aufsicht kämpfen um die richtige Balance zwischen Stabilität, Verbraucherschutz und wirtschaftlicher Dynamik

Europas Wettbewerbsfähigkeit ist zu einer zentralen politischen Aufgabe geworden. Investitionen, Innovation und Wachstum stehen schon länger im Fokus. Aktuell stellt sich zunehmend die Frage, ob Regulierung und auch die Aufsicht die Förderung dieser Ziele unterstützen oder aber Unternehmen durch Komplexität, Kosten und Bürokratie über Gebühr belasten.

Diese Debatte hat jedenfalls auch die europäischen Finanzaufsichtsbehörden erreicht. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob Wettbewerbsfähigkeit ausdrücklich in die Gründungsverordnung der EIOPA aufgenommen werden soll. Die Versicherungswirtschaft befürwortet dies grundsätzlich; EIOPA-Vorsitzende Petra Hielkema ist dagegen und warnt vor einem Mandat, das die eigentlichen Wettbewerbsprobleme Europas kaum lösen könne.

EIOPA: Europas Wettbewerbsprobleme liegen tiefer

Aus Sicht von EIOPA liegen die Ursachen für Europas Wachstumsschwächen vor allem außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs: etwa in Steuer- und Arbeitsmarktpolitik, Bildung, Forschung, Infrastruktur, Energiepreisen, fragmentierten Märkten, Finanzierungshürden und einem komplexen regulatorischen Umfeld. Ein zusätzliches Mandat wäre daher vor allem symbolisch und könne Zielkonflikte schaffen, wenn Stabilitätsmaßnahmen kurzfristig als Hindernis für Wachstum oder Investitionen erscheinen. Ihren Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit sieht EIOPA indirekt: Sie sichere stabile Märkte, fördere einheitliche Regeln, verhindere Regulierungsarbitrage und schaffe faire Bedingungen im Binnenmarkt. Langfristige Wettbewerbsfähigkeit beruhe auf Stabilität, Vertrauen und solider Aufsicht, nicht auf niedrigeren Standards.

Zudem koordiniert EIOPA 27 nationale Behörden, beaufsichtigt aber nicht alle Unternehmen unmittelbar. Grundlegende Entscheidungen, etwa zu Kapitalanforderungen, treffe daher der europäische Gesetzgeber. Mehr Wettbewerbsfähigkeit müsse daher vor allem durch wirtschaftspolitische Reformen, Marktintegration und bessere Rahmenbedingungen erreicht werden.

Versicherungswirtschaft: Die Wirkung der aufsichtlichen Tätigkeit hat sich entscheidend verändert

Die Versicherungswirtschaft setzt an einem anderen Punkt an, denn die praktische Bedeutung von EIOPA hat sich seit ihrer Gründung erheblich verändert und v.a. vergrößert. Für Versicherungsunternehmen entstehen nämlich wesentliche regulatorische Auswirkungen inzwischen nicht mehr ausschließlich durch europäische Gesetze auf der ersten Regelungsebene (= Level 1). Einen erheblichen praktischen Einfluss haben vielmehr technische Regulierungsstandards, Leitlinien, aufsichtliche Stellungnahmen, Frage-und-Antwort-Dokumente, Melderahmen sowie weitere Maßnahmen auf Level 2 und Level 3, die alle von EIOPA entwickelt werden. Hinzu kommen strategische Prioritäten, öffentliche Positionierungen und Eigeninitiativen der Frankfurter Behörde, die aufsichtliche Ansätze, Markterwartungen und spätere Regulierungsvorhaben erheblich beeinflussen (können). Aus Sicht der Versicherungswirtschaft haben diese Maßnahmen zum Teil deutliche Folgen für die organisatorische Komplexität, die Betriebskosten, die Investitionsfähigkeit und die Innovationsmöglichkeiten der Versicherer. Deshalb reiche es nicht aus, Wettbewerbswirkungen allein auf Ebene der europäischen Gesetzgebung zu untersuchen. Sie müssten frühzeitig und systematisch in der gesamten regulatorischen Entwicklung berücksichtigt werden.

Die Versicherungswirtschaft fordert daher, Wettbewerbsfähigkeit neben Finanzstabilität und Verbraucherschutz ausdrücklich als Ziel in der Gründungsverordnung der EIOPA zu verankern, damit dieser Umstand in der aufsichtlichen Tätigkeit ausreichend Berücksichtigung finden kann. Diese Perspektive soll nicht nur für formelle Regulierungsvorschläge gelten, sondern ebenso für Leitlinien, Empfehlungen, Stellungnahmen, aufsichtliche Erwartungen, Meldeanforderungen und andere Eigeninitiativen von EIOPA.

Kein Freibrief für niedrigere Standards

Das geforderte Mandat soll weder Standards senken noch EIOPA neue Befugnisse geben. Es soll sie verpflichten, Auswirkungen ihrer Maßnahmen auf Wachstum, Investitionen, Innovation und internationale Wettbewerbsfähigkeit systematisch zu prüfen, zu dokumentieren und zu erklären. Finanzstabilität und Wettbewerbsfähigkeit seien dabei keine Gegensätze. Verschiedene Ansätze könnten ein vergleichbares Schutzniveau erreichen, aber sehr unterschiedliche Kosten und Innovationswirkungen verursachen. Die Wettbewerbsperspektive solle helfen, die effizienteste und verhältnismäßigste Lösung zu wählen. Ein starker europäischer Versicherungssektor könne zudem Auswahl, Innovation und günstigere Prämien fördern sowie Stabilität und wirtschaftliche Resilienz stärken.

Wettbewerbsperspektive entlang der gesamten Regulierungskette

Wettbewerbsbezogene Ziele sind EIOPA nicht fremd: Ihre Verordnung nennt Binnenmarkt, Vermeidung von Regulierungsarbitrage, gleiche Wettbewerbsbedingungen und die Vertretung europäischer Interessen in internationalen Gremien. Wettbewerbsfähigkeit ist jedoch kein normiertes eigenständiges operatives Ziel.

Die Versicherungswirtschaft sieht darin eine Lücke. Ein ausdrückliches Mandat wäre keine Abkehr vom bestehenden Rahmen, sondern dessen Konkretisierung. Es würde EIOPA keinen bestimmten Ausgang vorschreiben, aber mehr Transparenz und Rechenschaft über die Folgen ihrer Standards, Leitlinien und Erwartungen schaffen. Für die anderen europäischen Finanzaufsichtsbehörden, EBA und ESMA wird aktuell ein sekundäres Wettbewerbsfähigkeitsmandat diskutiert.

Was sich in der Praxis ändern soll

Praktisch sollen Folgenabschätzungen für Level-2- und Level-3-Maßnahmen ausgebaut und technische Standards, Leitlinien, Stellungnahmen sowie Melderahmen einbezogen werden. EIOPA soll zudem kumulative Belastungen, Doppelregelungen und Überschneidungen berücksichtigen. Außerdem soll EIOPA darlegen, wie sie Verhältnismäßigkeit – besonders für kleinere und weniger komplexe Unternehmen – berücksichtigt. Erwartete Umsetzungskosten, betriebliche Komplexität sowie Auswirkungen auf Investitionen, Kapitalmärkte, Produktinnovation und internationale Wettbewerbsposition sollen nachvollziehbar geprüft werden. Ein internationaler Vergleich könnte zeigen, wie andere Rechtsordnungen ähnliche Probleme lösen und welche Kosten entstehen. Wünschenswert wäre zugleich mehr Transparenz über Kosten, Nutzen und politische Begründung wichtiger Initiativen.

Warum der Zeitpunkt der Prüfung entscheidend ist

Entscheidend ist aus Sicht der Versicherungswirtschaft der frühe Zeitpunkt der Prüfung. Zwar erlässt EIOPA keine Gesetze, doch die Europäische Kommission übernimmt viele ausgearbeitete Regeln und Standards weitgehend unverändert. Spätere Korrekturen sind oft schwierig.

Wettbewerbswirkungen sollen daher bereits in ersten Entwürfen untersucht werden. Werden hohe Kosten, unnötige Komplexität oder negative Investitionsfolgen erst nach Verabschiedung erkannt, lassen sie sich kaum beheben.

Der eigentliche Diskussionspunkt: Mandat oder Methode?

Die Positionen liegen bei optimistischer Betrachtung näher beieinander, als es zunächst scheint. Beide Seiten betonen Finanzstabilität, Vertrauen, Verbraucherschutz und eine verlässliche Aufsicht; keine setzt Wettbewerbsfähigkeit mit pauschaler Deregulierung gleich. Der Unterschied liegt in der Frage, ob die bestehenden Strukturen genügen. EIOPA verweist auf Binnenmarkt, Aufsichtskonvergenz und Ursachen außerhalb ihres Mandats. Die Versicherungswirtschaft stellt dagegen die wirtschaftlichen Folgen technischer und aufsichtlicher Maßnahmen in den Mittelpunkt.

Im Kern geht es darum, ob Wettbewerbswirkungen entlang der gesamten Regulierungskette verbindlich und nachvollziehbar geprüft werden sollen. Ein Mandat könnte Zielkonflikte früher sichtbar machen; die Gegenposition warnt davor, der Aufsicht wirtschaftspolitische Verantwortung zu übertragen, die sie kaum steuern kann.

Die politische Aufgabe besteht nun darin, Unabhängigkeit und Schutzfunktion der Aufsicht zu bewahren, ohne (relevante) wirtschaftliche Auswirkungen ihrer Maßnahmen auszublenden. Ob dafür ein neues Mandat nötig ist oder bessere Folgenabschätzungen im bestehenden Rahmen ausreichen, bleibt der Kern der europäischen Diskussion.





© Adobe Stock

Die Welt in einer Zeit multipler Krisen – *Versicherbarkeit als Herausforderung*

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Risiken heute selten isoliert auftreten und auch nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können. Politische Spannungen und militärische Konflikte, Energiekrisen, Lieferkettenstörungen, Geldentwertung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sowie klimatische und demografische Veränderungen wirken zunehmend zusammen und verstärken sich gegenseitig. Risiken manifestieren sich daher vermehrt gemeinsam.

Die eigentliche Komplexität liegt daher nicht mehr nur in einzelnen Krisenereignissen bzw. Risiken. Entscheidend und herausfordernd ist das Zusammenwirken verschiedener Risikotreiber, oft über Branchen und Regionen hinweg.

Damit verändern sich nicht nur Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenhöhen, sondern auch Kumulgefahren und – zum Teil nicht ausreichend mitbedachte – Folgewirkungen gewinnen an Bedeutung. So kann etwa eine technologische Entwicklung zwar Produktionschancen eröffnen, zugleich aber neue bzw. veränderte Haftungs-, Cyber und Abhängigkeitsrisiken schaffen.

Die österreichischen Versicherer als stabiler Partner

Auch in Österreich sind die Auswirkungen der geopolitischen Situation (zumeist indirekt) spürbar. Als kleine Volkswirtschaft ist Österreich eng in europäische und internationale Strukturen eingebunden. Entwicklungen, die örtlich ganz woanders (weit entfernt) ihren Ausgang nehmen, wirken sich auf den österreichischen Markt und die wirtschaftliche Stabilität von Kunden und Unternehmen aus und haben außerdem Auswirkungen auf nationale politische Entscheidungen. Effekte auf die Leistbarkeit von Versicherungsschutz für Kunden als auch die Fähigkeit der Versicherungswirtschaft, Risiken langfristig zu übernehmen, sind daher Realität.

Trotz dieses herausfordernden Umfelds hat die europäische und österreichische Versicherungswirtschaft ihre Stärke und Widerstandsfähigkeit beeindruckend unter Beweis gestellt. Gerade deshalb ist es wichtig, den politischen Entscheidungsträgern zu vermitteln, dass ein starker und widerstandsfähiger Versicherungssektor eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliche Resilienz, Wettbewerbsfähigkeit und langfristige finanzielle Sicherheit ist. Nur so wird auch regulatorisch ein förderndes Umfeld geschaffen.

Versicherbarkeit als eigentliche strategische Herausforderung

Trotz der guten und stabilen Lage der österreichischen Versicherungswirtschaft, ist die skizzierte veränderte Risikolandschaft auch hierzulande von erheblicher Relevanz. So wirken sich etwa steigende Kosten auf Wiederherstellungswerte und damit mögliche Schadenhöhen aus. Unterbrochene Lieferketten können Betriebsunterbrechungen verlängern; neue Technologien verändern Risikoprofile oft schneller, als man mit technischen Standards gegensteuern kann.

Versicherbarkeit galt lange als eher selbstverständlich. Grundsätzlich gilt: Kunden identifizieren Risiken und adressieren sie, Versicherer übernehmen diese Risiken gegen eine Prämie. Dieses (Selbst-)Verständnis gerät zunehmend unter Druck. Schadenhäufigkeiten und Schadenhöhen steigen und verändern sich in vielen Bereichen (oft auch parallel). Risikoprofile verändern sich und die Kalkulierbarkeit von Risiken steht vor neuen Herausforderungen. Die Frage lautet daher nicht mehr nur, wie ein Risiko versichert werden kann, sondern ob es unter bestimmten Voraussetzungen überhaupt noch versicherbar bleibt.

Wie kann sichergestellt werden, dass Risiken dauerhaft kalkulierbar, beherrschbar und zu tragbaren Bedingungen versicherbar bleiben?

Verlust der Versicherbarkeit ist eine erhebliche Gefahr vor allem für Unternehmen: Fehlender oder auch nur eingeschränkter Versicherungsschutz berührt weit mehr als nur die Frage der Risikoübernahme. Versicherungsschutz wirkt sich oft positiv auf die Finanzierung von relevanten Investitionen, die Gestaltung von vertraglichen



Beziehungen und die Fortführung oder Aufnahme bestimmter wirtschaftlicher Tätigkeiten aus. Versicherbarkeit geht uns daher alle an und ist zur wirtschafts- und standortpolitischen Frage geworden.

Vor diesem Hintergrund kann man auch als Interessenvertretung nicht bei der Diskussion über einzelne Protection-Gaps stehen bleiben. Natürlich sind Naturkatastrophen, Cyberrisiken und Pflege- und Altersvorsorge auch einzeln betrachtet extrem wichtige Themen. Sie münden jedoch letztlich auch in eine übergeordnete Frage: Wie kann Versicherbarkeit unter den skizzierten veränderten Rahmenbedingungen und aktuellen Herausforderungen langfristig erhalten werden?

Versicherung kann finanzielle Schadensfolgen abfedern, aber fehlendes Risikomanagement beim Risikoträger selbst nicht ersetzen.

Dort, wo Risiken nicht ausreichend beherrscht werden, stoßen auch klassische Modelle des Risikotransfers an ihre Grenzen.

Versicherbarkeit ist mehr als eine technische Frage der Risikobewertung. Die entscheidende Herausforderung besteht immer mehr darin, Risiken so zu gestalten, dass sie auch morgen noch versicherbar sind.

Entscheidend ist es, frühzeitig zu erkennen, wo sich Risikoprofile verändern bzw. verschlechtern, welche Ursachen wie beeinflussbar sind und welche Maßnahmen die Tragfähigkeit eines Risikos verbessern können. Dabei muss akzeptiert werden, dass Versicherbarkeit Grenzen hat. Zugleich sollte aber nicht vorschnell hingenommen werden, dass ganze Tätigkeiten oder Branchen dauerhaft unversicherbar werden.

Wo Risiken systemischen Charakter annehmen oder der Markt allein keine ausreichende Lösung anbieten kann, braucht es einen strukturierten Dialog. Ursachen müssen transparent gemacht und beinflussbare von nicht beinflussbaren Faktoren getrennt und geeignete Gegenmaßnahmen entwickelt werden. Ergänzende Instrumente, bzw. neue Partnerschaften können dort diskutiert werden, wo tatsächlich systemische Lücken bestehen. Voraussetzung ist eine klare Rollenverteilung und die Einbindung der betroffenen Branchen, der Versicherungswirtschaft und der öffentlichen Hand.

Ein Beispiel aus der Praxis: Brandrisiken in der Entsorgungswirtschaft

Besonders anschaulich zeigen sich die Grenzen der Versicherbarkeit bei Risiken mit hoher Kumulgefahr, steigender Schadenintensität oder schwer kalkulierbaren Folgewirkungen. Dazu zählen bekanntlich Naturgefahren, Cyber- und Lieferkettenrisiken. Doch auch einzelne Branchen können aufgrund ihrer spezifischen Exponierung zunehmend unter Druck geraten.

Ein Beispiel ist die Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft: Lithium-Ionen-Batterien im Abfall stellen in Betrieben eine dauernde Brandgefahr dar. Die entscheidende Frage ist dort nicht, ob sich das Risiko manifestiert, sondern wie oft es zu einem Brand kommt und wie beträchtlich der Schaden ausfällt. Wiederholte Schadenereignisse, hohe Sachwerte und relevante Betriebsunterbrechungen, sowie allenfalls Folgewirkungen können die Versicherbarkeit in diesem Bereich erheblich belasten.

Die Folgen reichen über das einzelne Unternehmen hinaus. Wenn für zentrale Entsorgungsleistungen Versicherungsschutz nur eingeschränkt verfügbar ist, betrifft dies letztlich das Zur-Verfügung-Stehen einer wesentlichen Dienstleistung. Gerade solche Beispiele machen sichtbar, warum Versicherbarkeit frühzeitig als gemeinsame Aufgabe verstanden werden muss. Zu Recht wird das Thema derzeit auch politisch diskutiert.

Versicherung ersetzt kein umfassendes Risikomanagement

Versicherung kann und soll finanzielle Folgen einer Risikoverwirklichung abfedern. Sie kann und darf jedoch fehlendes Risikomanagement selbst nicht ersetzen.

Eine wesentliche Richtung der vergangenen Jahre besteht daher darin, dass Prävention immer stärker zum Thema wird. Versicherer erwarten heute nicht nur Informationen über Risiken, sondern zunehmend auch Nachweise wirksamer Schutz- und Präventionsmaßnahmen und Investitionen in Sicherheitsstandards. Auch unterstützen Versicherer aktiv Präventionsmaßnahmen und Kampagnen und weisen verstärkt auf das Thema als staatliche Aufgabe hin.

Versicherbarkeit als geteilte Verantwortlichkeit

Die Zukunft der Versicherbarkeit kann nicht allein von Versicherern gestaltet werden. Kunden/Unternehmen, Vermittler, Versicherer, der Staat bzw. der Regulator tragen jeweils Verantwortung für das Funktionieren des Systems.

Für die Versicherungswirtschaft eröffnet diese Entwicklung auch die Chance, ihre Rolle neu bzw. in einer zusätzlichen Dimension zu definieren. Neben der Bereitstellung von Versicherungsschutz treten sie als Partner für Resilienz auf. Frühzeitiger Risikodialog und transparente Erwartungen an Präventionsmaßnahmen werden zunehmend zentral.



© Adobe Stock



Print plus Digital!

shop.manz.at

Juristische Expertise trifft wirtschaftliche Kompetenz

Was die VRW besonders macht?
- Schlagkräftig: Inhalt für Theorie und Praxis
- Fachlich stark: Von Vordenker:innen für Nachdenker:innen
- Immer voraus: Aktuelle Urteile, die Sie nicht verpassen sollten

VRW – Versicherung in Recht und Wirtschaft

Jahresabo Print & Digital
4 Hefte & Digitalzugang 2026
198,00 EUR
(inkl. MwSt. und Versand im Inland).

Jahresabo Digital
Digitalzugang 2026
178,20 EUR
(inkl. MwSt.)

MANZ

Clevere Köpfe für die Risikomodelle *von morgen gesucht*

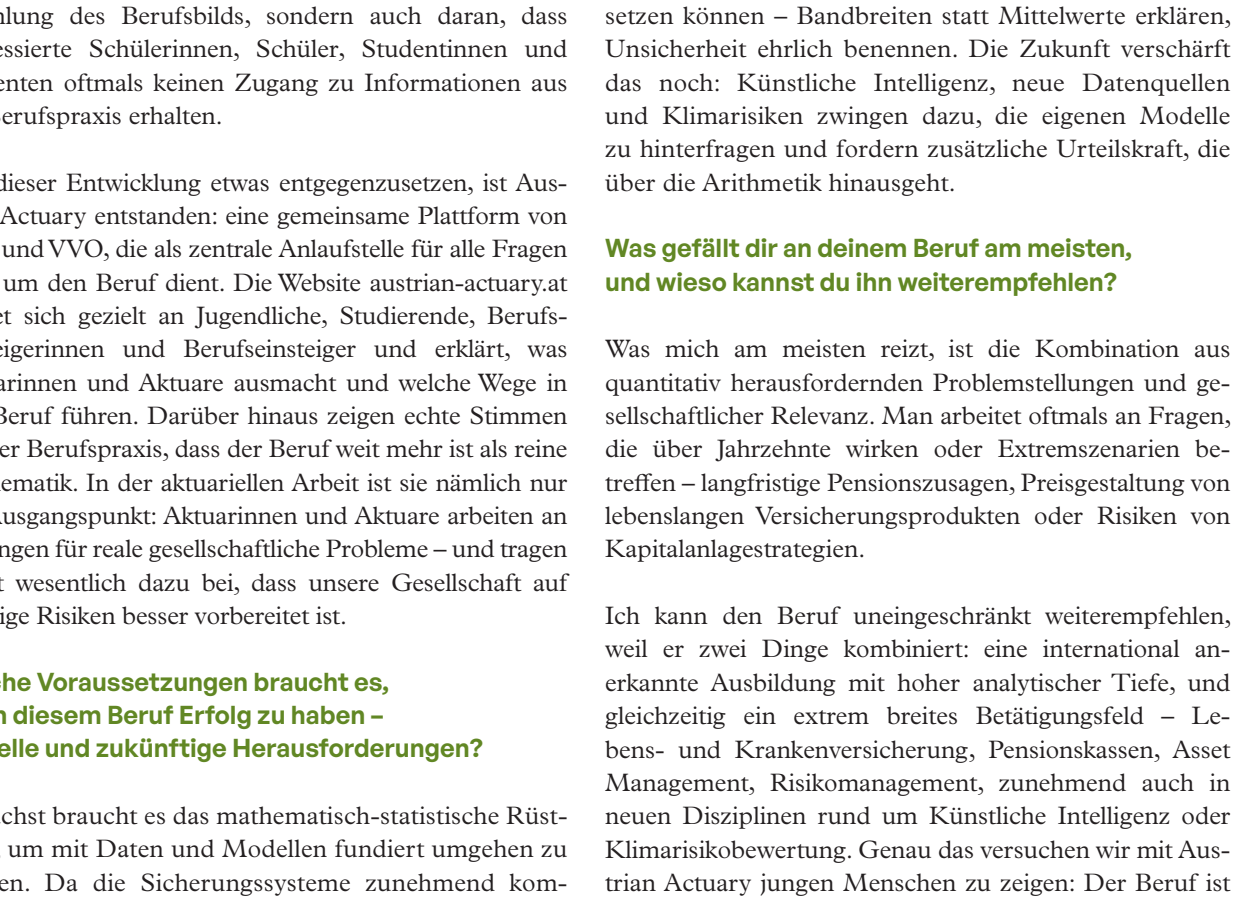
Sie zählen zu den gefragtesten analytischen Fachkräften der Versicherungswirtschaft: Aktuarinnen und Aktuare. Dennoch führt ihr Berufsbild oft ein Schattendasein. Eine neue Initiative von VVO und AVÖ soll das ändern.

Mit „Austrian Actuary“ setzen der Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs VVO und die Aktuarvereinigung Österreichs (AVÖ) ein klares Zeichen für die Zukunft der österreichischen Versicherer. Ziel ist es, junge Talente für den Aktuarsberuf zu begeistern und damit die langfristige Verfügbarkeit einer Berufsgruppe zu sichern, die für die Stabilität, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Versicherungswirtschaft unverzichtbar ist. Die Komplexität steigt: Klimawandel, geopolitische Unsicherheiten, demografische Veränderungen, steigende Lebenserwartung sowie die rasante Entwicklung von Datenanalyse und Künstlicher Intelligenz verändern die Rahmenbedingungen für Versicherungsunternehmen nachhaltig. Gefragt sind hochqualifizierte Expertinnen und Experten, die Risiken mathematisch modellieren und deren wirtschaftliche Auswirkungen verstehen und strategisch einordnen können.

Die Zukunft gestalten

Aktuarinnen und Aktuare tragen mit ihren Analysen zum Fundament der Versicherungswirtschaft bei. Sie entwickeln Modelle zur Bewertung von Risiken, berechnen Prämien und Rückstellungen, unterstützen das Kapitalmanagement und leisten damit einen wesentlichen Beitrag, um die langfristige Solvenz von Versicherungsunternehmen sicherzustellen. Darüber hinaus gewinnen ihre Kompetenzen in Bereichen wie ESG-Risikomanagement, Nachhaltigkeitsberichterstattung, Data Science und Künstlicher Intelligenz zunehmend an Bedeutung. Dabei agieren Aktuarinnen und Aktuare längst nicht mehr ausschließlich im klassischen Umfeld der Versicherungsmathematik. Ihr Tätigkeitsfeld ist viel größer: Sie arbeiten an den Schnittstellen von Unternehmenssteuerung, Risikomanagement, Produktentwicklung, Kapitalanlage, IT und Regulierung. Als Beraterinnen und Berater des Top-Managements liefern sie die quantitativen Grundlagen für strategische Entscheidungen und tragen dazu bei, Unsicherheiten in einer zunehmend volatilen Welt berechenbar zu machen.

Die Attraktivität des Berufsbildes spiegelt sich auch in den Karrieremöglichkeiten wider: Aktuarinnen und Aktuare zählen zu den gefragtesten Spezialistinnen und Spezialisten der Finanz- und Versicherungsbranche und übernehmen häufig Führungs- und Schlüsselpositionen in Unternehmen.



Was ist der Hintergrund zu Austrian Actuary und wieso braucht es jetzt mehr Aktuarinnen und Aktuare?

Der Auslöser war eine simple, aber alarmierende Beobachtung: Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für ein finanzmathematisches Studium – ausbildende Universitäten verzeichnen einen klaren Rückgang bei den Studierendenzahlen, während gleichzeitig die Zahl vakanter Stellen im Aktuarsbereich steigt. Das Aktuariat ist das Rückgrat der Versicherungswirtschaft – ohne Aktuarinnen und Aktuare keine Versicherungen und keine belastbare Risikobewertung. Die Herausforderung liegt nicht nur in mangelnder Sichtbarkeit und einer fehlenden attraktiven Erzählung des Berufsbilds, sondern auch daran, dass interessierte Schülerinnen, Schüler, Studentinnen und Studenten oftmals keinen Zugang zu Informationen aus der Berufspraxis erhalten.

Um dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen, ist Austrian Actuary entstanden: eine gemeinsame Plattform von AVÖ und VVO, die als zentrale Anlaufstelle für alle Fragen rund um den Beruf dient. Die Website austrian-actuary.at richtet sich gezielt an Jugendliche, Studierende, Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger und erklärt, was Aktuarinnen und Aktuare ausmacht und welche Wege in den Beruf führen. Darüber hinaus zeigen echte Stimmen aus der Berufspraxis, dass der Beruf weit mehr ist als reine Mathematik. In der aktuariellen Arbeit ist sie nämlich nur der Ausgangspunkt: Aktuarinnen und Aktuare arbeiten an Lösungen für reale gesellschaftliche Probleme – und tragen damit wesentlich dazu bei, dass unsere Gesellschaft auf künftige Risiken besser vorbereitet ist.

Welche Voraussetzungen braucht es, um in diesem Beruf Erfolg zu haben – aktuelle und zukünftige Herausforderungen?

Zunächst braucht es das mathematisch-statistische Rüstzeug, um mit Daten und Modellen fundiert umgehen zu können. Da die Sicherungssysteme zunehmend komplexer und störanfälliger werden, reicht das heute aber nicht mehr aus. Wer erfolgreich sein will, muss Ergebnisse nicht nur berechnen, sondern verständlich übersetzen können – Bandbreiten statt Mittelwerte erklären, Unsicherheit ehrlich benennen. Die Zukunft verschärft das noch: Künstliche Intelligenz, neue Datenquellen und Klimarisiken zwingen dazu, die eigenen Modelle zu hinterfragen und fordern zusätzliche Urteilskraft, die über die Arithmetik hinausgeht.

Was gefällt dir an deinem Beruf am meisten, und wieso kannst du ihn weiterempfehlen?

Was mich am meisten reizt, ist die Kombination aus quantitativ herausfordernden Problemstellungen und gesellschaftlicher Relevanz. Man arbeitet oftmals an Fragen, die über Jahrzehnte wirken oder Extremszenarien betreffen – langfristige Pensionszusagen, Preisgestaltung von lebenslangen Versicherungsprodukten oder Risiken von Kapitalanlagestrategien.

Ich kann den Beruf uneingeschränkt weiterempfehlen, weil er zwei Dinge kombiniert: eine international anerkannte Ausbildung mit hoher analytischer Tiefe, und gleichzeitig ein extrem breites Betätigungsfeld – Lebens- und Krankenversicherung, Pensionskassen, Asset Management, Risikomanagement, zunehmend auch in neuen Disziplinen rund um Künstliche Intelligenz oder Klimarisikobewertung. Genau das versuchen wir mit Austrian Actuary jungen Menschen zu zeigen: Der Beruf ist vielseitig und zukunftsgerichtet – und die Nachfrage nach unabhängiger, fundierter Einschätzung nimmt in einer komplexer werdenden Welt eher zu als ab.



René Knapp
Mitglied des Vorstands,
UNIQA Insurance Group AG,
UNIQA Österreich

© UNIQA/Natascha Unkart & Isabelle Köhler

Neue Regeln *für E-Mopeds*

Mit 1. Oktober 2026 endet eine Sonderstellung im österreichischen Straßenverkehr: Sogenannte „E-Mopeds“ werden rechtlich nicht länger wie E-Bikes behandelt, sondern Kraftfahrzeugen gleichgestellt. Für tausende Nutzerinnen und Nutzer bedeutet das neue Pflichten bei Führerschein, Zulassung, Versicherung und Sicherheitsausrüstung.

Bislang galten für E-Mopeds dieselben Regeln wie für klassische E-Bikes, sofern die Fahrzeuge eine Bauartgeschwindigkeit von maximal 25 km/h und eine Nenndauerleistung von höchstens 250 Watt aufweisen. Der entscheidende Unterschied zu herkömmlichen E-Bikes liegt jedoch darin, dass E-Mopeds auch ohne Pedalbewegung allein durch einen Elektromotor angetrieben werden können. Mit Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Bestimmungen am 1. Oktober 2026 werden diese Fahrzeuge als Kraftfahrzeuge eingestuft. Damit gelten künftig dieselben Regeln wie für Mopeds mit Verbrennungs- oder Elektromotor bis 45 km/h.

Das sind die neuen Regeln

Wie alle Kraftfahrzeuge, die am öffentlichen Verkehr teilnehmen, müssen auch E-Mopeds behördlich zugelassen und mit einer Kennzeichentafel versehen sein. Damit verbunden ist die gesetzliche Auflage für eine Kfz-Haftpflichtversicherung und regelmäßige §57a-Überprüfungen. Fahrerinnen und Fahrer brauchen einen Führerschein der Klasse AM oder höher und müssen einen Helm tragen. Das Fahren auf Radwegen und anderen Radverkehrsanlagen ist nicht erlaubt.

Informationsbedarf bleibt hoch

Eine vom Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) im Sommer 2026 durchgeführte Befragung unter 100 E-Moped-Nutzerinnen und Nutzern zeigt, dass die bevorstehenden Änderungen zwar grundsätzlich bekannt sind, die Detailkenntnisse aber vielfach fehlen.

Jeder sechste Befragte fühlt sich nach eigenen Angaben schlecht oder sehr schlecht informiert. Besonders wenig bekannt sind die künftigen Einschränkungen bei der Nutzung von Radwegen sowie die verpflichtenden technischen Überprüfungen der Fahrzeuge.

Die größte Sorge vieler Betroffener ist die Einführung der Führerscheinpflicht. Gleichzeitig unterstreicht das KFV, dass fundierte Kenntnisse der Verkehrsregeln wesentlich zur Unfallvermeidung beitragen können.

Unfallzahlen zeigen Handlungsbedarf

Die Sicherheitsdebatte rund um E-Mopeds kommt nicht von ungefähr. Laut KFV gab bereits ein Drittel der befragten Nutzerinnen und Nutzer an, mit ihrem Fahrzeug zumindest einmal in einen Unfall verwickelt gewesen zu sein. Bei jedem dritten Unfall wurden Personen verletzt. Zwar werden E-Mopeds in der offiziellen Verkehrsunfallstatistik derzeit noch gemeinsam mit E-Bikes erfasst, dennoch zeigen die Zahlen eine deutliche Entwicklung. Im Jahr 2025 stieg die Zahl der verletzten Personen in der Kategorie E-Bike laut Statistik Austria um 17 Prozent auf 3.154 Personen.

Noch höher liegen die Zahlen der im Krankenhaus behandelten Verletzten. Nach Erhebungen des KFV mussten 2025 österreichweit rund 13.900 Menschen nach E-Bike-Unfällen medizinisch versorgt werden. Viele Unfälle scheinen jedoch in den offiziellen Statistiken gar nicht auf, weil es sich häufig um sogenannte Alleinunfälle ohne Beteiligung anderer Verkehrsteilnehmer handelt.

Versicherungsschutz wird wichtiger

Mit der neuen Einstufung als Kraftfahrzeug wird ab Oktober 2026 eine Kfz-Haftpflichtversicherung verpflichtend. Ohne entsprechende Versicherung darf ein E-Moped künftig nicht mehr auf öffentlichen Straßen betrieben werden. Für die Absicherung eigener Verletzungsfolgen empfiehlt sich darüber hinaus eine private Unfallversicherung. Die neue Rechtslage sorgt somit für mehr Klarheit: Wer mit einem E-Moped unterwegs ist, benötigt künftig denselben grundlegenden Versicherungsschutz wie andere Kraftfahrzeuglenker.

Zulassung: Dokumente rechtzeitig prüfen

Wer sein E-Moped auch nach dem 1. Oktober weiter nutzen möchte, sollte frühzeitig die erforderlichen Unterlagen kontrollieren. Für die Zulassung sind unter anderem ein Typenschein, ein Einzelgenehmigungsnachweis, ein Datenauszug aus der Genehmigungsdatenbank oder ein sogenanntes CoC-Papier (Certificate of Conformity) erforderlich. Fehlt diese Dokumentation, kann beim Hersteller oder Generalimporteur eine nachträgliche Ausstellung beantragt werden. Ist dies nicht möglich, bleibt die Einzelgenehmigung durch die zuständige technische Prüfstelle.

Hohe Strafen bei Verstößen

Die Neuregelung bringt neben neuen Pflichten auch empfindliche Sanktionen bei Verstößen mit sich. Wer ohne Führerschein fährt, muss mit Geldstrafen von mehreren hundert bis über zweitausend Euro rechnen. Noch deutlich höher können die Strafen für das Fahren ohne Zulassung, ohne Kennzeichen oder ohne Kfz-Haftpflichtversicherung ausfallen. In diesen Fällen sind gesetzliche Höchststrafen von bis zu 10.000 Euro vorgesehen. Auch die verbotene Nutzung von Radwegen oder das Fahren ohne den vorgeschriebenen Schutzhelm kann künftig zu Verwaltungsstrafen führen.



KI-generiert

Für mehr Sicherheit im Straßenverkehr

Die neuen Regelungen für E-Mopeds markieren einen wichtigen Schritt für mehr Verkehrssicherheit und rechtliche Klarheit. Gleichzeitig bedeuten sie für viele Nutzerinnen und Nutzer eine grundlegende Umstellung. Wer sein Fahrzeug weiterhin verwenden möchte, sollte sich rechtzeitig über Führerschein, Zulassung, Versicherung und Sicherheitsanforderungen informieren.

Was galt bisher – was gilt ab 1. Oktober 2026?

	Bisher	Neu ab 1. Oktober 2026
Fahrzeugkategorie	Fahrrad	**Motorfahrrad** (Kleinkraftrad)
Führerschein	Nein	**Klasse AM** (oder jede andere Klasse)
Mindestalter	12 Jahre[1]	**15 Jahre**
Zulassung und Kennzeichen	Nein	**Ja**
Kfz-Haftpflichtversicherung	Nein	**Ja**
„Pickerl“ (§ 57a-Überprüfung)	Nein	**Ja**
Helmpflicht	Bis zum 14. Lebensjahr[2] (Fahrradhelm)	**Immer** (Motorrad-/Mopedhelm)
Benützung von Radfahranlagen	Ja	**Verboten**
Alkoholgrenze	0,8 ‰	**0,5 ‰** (0,1 ‰ bis zum 20. Lebensjahr)

[1] darunter nur mit Radfahrausweis oder Aufsichtsperson | [2] neu seit 1.5.2026, davor bis zum 12. Lebensjahr

Quelle: KFV

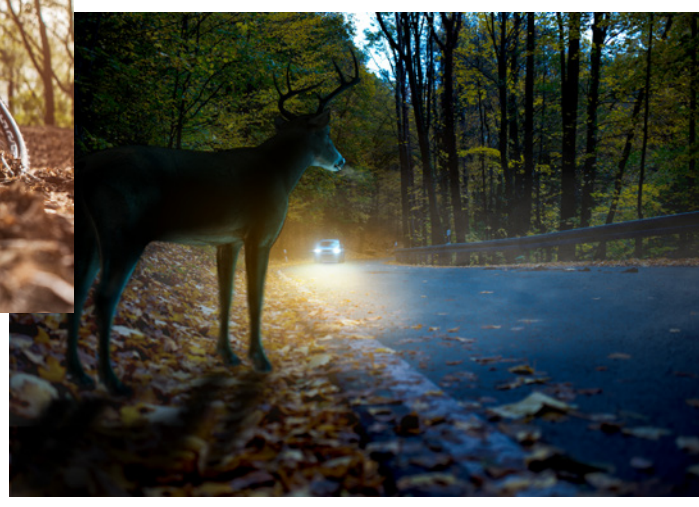
Risiken *im Herbst*

Kürzere Tage, Nässe und schlechte Sicht verändern im Herbst unseren Alltag – und damit auch die Unfall- und Sicherheitsrisiken. Ob beim Sport, bei Arbeiten zu Hause, im Straßenverkehr oder beim Schutz vor Einbrechern: Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) zeigt, wo jetzt besondere Aufmerksamkeit gefragt ist.

Bunte Wälder, klare Luft und angenehme Temperaturen machen den Herbst für viele Menschen zu einer der schönsten Jahreszeiten. Doch mit den kürzer werdenden Tagen verändern sich auch die Risiken. Es wird früher dunkel, Wege und Straßen sind häufiger nass und rutschig, Nebel verschlechtert die Sicht. Gleichzeitig wird im Garten gearbeitet, zu Hause renoviert und draußen weiter Sport betrieben. Genau diese Kombination macht den Herbst in vielen Lebensbereichen zu einer besonderen Präventionszeit.



© Adobe Stock



Wenn die Dunkelheit Einbrechern hilft

Mit dem früheren Einbruch der Dunkelheit rückt auch das Thema Einbruchschutz wieder stärker in den Fokus. Eine KFV-Täterstudie, für die unter anderem inhaftierte Einbrecher befragt wurden, zeigt dabei ein klares Muster: Täter suchen vor allem nach Schwachstellen und leicht zugänglichen Objekten. Gekippte Fenster, unversperrte Türen, schlecht gesicherte Keller oder herumstehende Leitern und Werkzeuge können eine günstige Gelegenheit schaffen.

Dabei sind Einbrüche keineswegs nur ein nächtliches Phänomen. Viele Täter werden aktiv, wenn Wohnungen und Häuser offensichtlich leer stehen. Das KFV empfiehlt daher, auch bei kurzer Abwesenheit Fenster vollständig zu schließen und Türen zu versperren. Zeitschaltuhren oder intelligente Lichtsteuerungen können Anwesenheit simulieren, Bewegungsmelder dunkle Zugänge ausleuchten. Auch aufmerksame Nachbarschaften haben eine wichtige Schutzfunktion.

Zu Hause lauert die Gefahr oft im Alltäglichen

Der Herbst ist aber auch jene Jahreszeit, in der viele Arbeiten wieder nach drinnen verlagert werden. Regale werden montiert, Wände gestrichen oder kleinere Reparaturen erledigt. Gerade beim Heimwerken zeigt sich ein auffälliger saisonaler Effekt: Laut KFV waren September, Oktober und November zuletzt die unfallträchtigsten Monate des Jahres.

Spektakuläre Situationen sind dafür meist gar nicht notwendig. Stürze von Leitern und Tritten, ungeeignetes Werkzeug, fehlende Schutzausrüstung oder schlicht Hektik und Unachtsamkeit reichen aus. Auch beim Putzen spielt menschliches Verhalten eine große Rolle: Bei fast der Hälfte der vom KFV untersuchten Unfälle bei Reinigungsarbeiten waren Ablenkung, Hektik oder Unachtsamkeit beteiligt. Wer Arbeiten gut vorbereitet, stabile Leitern verwendet, Stolperfallen beseitigt und sich für Tätigkeiten ausreichend Zeit nimmt, kann viele dieser Unfälle vermeiden.

Wandern: Der schöne Herbst hat seine Tücken

Besonders verlockend sind im Herbst die Berge. Doch gerade dort verändert die Jahreszeit die Bedingungen schnell. Das KFV verzeichnete zuletzt rund 11.800 Menschen, die nach Wanderunfällen im Krankenhaus behandelt werden mussten. Allein in den Monaten September bis November verletzen sich im langjährigen Durchschnitt rund 2.600 Menschen beim Wandern. 94 Prozent der Unfälle sind Stürze.

Feuchte Blätter, nasse Wurzeln und Steine erhöhen die Rutschgefahr, während in höheren Lagen bereits Frost oder sogar Schnee auftreten kann. Gleichzeitig wird das Zeitfenster bis zur Dunkelheit immer kürzer. Früh aufzubrechen und eine Stirnlampe, warme Kleidung, Erste-Hilfe-Ausrüstung und einen Biwaksack mitzunehmen, gehört deshalb im Herbst zur Tourenplanung. Auch der Abstieg sollte zeitlich und kräftemäßig nicht unterschätzt werden.

Ähnliches gilt für Mountainbiker. Nässe, Laub und schlechtere Lichtverhältnisse verändern Bremswege und Bodenhaftung. Fahrfehler und Fehleinschätzungen zählen laut KFV zu den wesentlichen Unfallursachen. Helm und geeignete Schutzausrüstung, ein technisch einwandfreies Rad und vor allem ein an die Sicht- und Bodenverhältnisse angepasstes Tempo sind entscheidend.

Und auch auf dem Fußballplatz bleibt das Verletzungsrisiko hoch. Fußball führt in den KFV-Auswertungen das Ranking der Sportunfälle an. Schnelle Richtungswechsel, Zweikämpfe und hohe Belastungen erhöhen insbesondere das Risiko für Verletzungen an Knien, Sprunggelenken und Beinen. Gezieltes Aufwärmen, Kraft- und Koordinationstraining sowie ausreichende Regeneration gehören daher auch im Hobbysport zur Unfallprävention.

Wildwechsel und Dunkelheit: Gefährliche Kombination auf der Straße

Besondere Aufmerksamkeit ist im Herbst auch hinter dem Steuer notwendig. Im Jagdjahr 2024/25 wurden auf Österreichs Straßen rund 65.000 Wildtiere getötet; mehr als 300 Menschen jährlich verletzt. Besonders kritisch sind die schlechten Sichtverhältnisse: Rund 47 Prozent der Wildunfälle mit Personenschaden ereignen sich bei Dunkelheit. Vor allem an Waldrändern, neben Feldern und in gekennzeichneten Wildwechselbereichen heißt es daher: Geschwindigkeit reduzieren und beide Straßenränder im Blick behalten. Taucht ein Tier auf, sollte stark gebremst, abgeblendet und gegebenenfalls gehupt werden. Riskante Ausweichmanöver sind hingegen zu vermeiden – sie können zu Kollisionen mit Gegenverkehr oder Bäumen führen. Zudem folgt einem Tier häufig ein weiteres.

Sichtbarkeit kann entscheidende Meter bringen

Dunkelheit betrifft im Straßenverkehr aber nicht nur Autofahrer. Gerade Fußgänger werden jetzt leicht übersehen. KFV-Untersuchungen zeigen einen eindrucksvollen Unterschied: Dunkel gekleidete Personen werden bei schlechter Sicht oft erst aus etwa 25 Metern Entfernung erkannt, Menschen mit reflektierenden Materialien dagegen bereits aus rund 140 Metern.

Helle Kleidung, Reflektoren an Jacken, Taschen oder Schuhen und besonders bei Kindern gut sichtbare Schultaschen können deshalb entscheidende zusätzliche Reaktionszeit schaffen. Autofahrer wiederum sollten bei Dunkelheit, Regen und Nebel ihre Geschwindigkeit so wählen, dass sie innerhalb des tatsächlich einsehbaren Bereichs reagieren können.

Der Herbst muss damit keineswegs zur gefährlichen Jahreszeit werden. Viele typische Risiken lassen sich mit wenigen Maßnahmen deutlich reduzieren. Entscheidend ist, sich auf die veränderten Bedingungen einzustellen. Denn Sicherheit beginnt oft nicht mit aufwendiger Technik, sondern mit einem bewussten Blick auf jene Dinge, die sich im Herbst verändern: Licht, Wetter, Untergrund – und unser eigenes Verhalten.

Impressum

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs VVO, Schwarzenbergplatz 7, 1030 Wien.
Redaktion: Mag. Dagmar Straif, Mag. Daniela Auer, Mag. (FH) Isabella Eltner,
Layout und Druck: Dockner druck@medien, 3125 Kuffern, dockner.com,
Erscheinungsort: Wien

Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist unter www.vvo.at/impressum ständig aufrufbar. Perspektiven erscheint 4 × jährlich in einer Auflage von 1000 Stück; Grundlegende Richtung: Informationen über das österreichische und internationale Versicherungswesen.

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.